

**ENTSCHLISSUNG****GEWERKSCHAFTEN, KLIMAWANDEL UND DER RIO+20-PROZESS**

Eine überzeugende Mobilisierung der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft während des gesamten Jahres 2011 wird unerlässlich sein, um die Regierungen aus ihren 'Komfortzonen' herauszuholen und die Verpflichtungen zu erhöhen.

1. 2010 war ein schwieriges Jahr: das enttäuschende Ergebnis der Konferenz in Kopenhagen (2009); das Comeback der Klimaskeptiker, finanziert von unverantwortlichen Unternehmen; die Wirtschaftskrise, die die Möglichkeit der Mobilisierung neuer Finanzierungsquellen für den Klimaschutz weiter untergraben hat; und noch bedenklicher, das derzeitige Konfrontationsklima, das in vielen Fragen zwischen den Regierungen in internationalen Foren herrscht. Vor diesem beunruhigenden Hintergrund fanden die Klimagespräche im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz (COP) 2010 in Cancún (Mexico) statt.
2. Den Regierungen, die an der COP 16 in Cancún teilnahmen, ist es gelungen, das Vertrauen in die Fähigkeit der Uno, Vereinbarungen in Klimafragen zustande zu bringen, wiederherzustellen. Bei der Konferenz wurde festgestellt, dass ein Abkommen für die Zeit nach 2012 den Temperaturanstieg auf unter 2°C begrenzen sollte, und ein Verfahren für die Überprüfung dieses Ziels und die Erwägung seiner Senkung auf 1,5°C in einigen Jahren beschlossen. Ferner wurde die Einrichtung eines 'Grünen Klimafonds' beschlossen, mit gleichen Vertretungsrechten für die Industrie- und die Entwicklungsländer in seinen Entscheidungsstrukturen, ebenso wie die Verlängerung der Diskussionen über den zweiten Verpflichtungszeitraum im Rahmen des Kyoto-Protokolls um ein weiteres Jahr.
3. Die Schritte von Cancún blieben letztendlich dennoch zaghaft, und es fehlte nach wie vor am Ehrgeiz der Industrieländer. Es klappt weiterhin eine große Lücke zwischen den von Industriestaaten zugesagten Emissionssenkungen und den Reduktionen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge notwendig sind, um innerhalb des Ziels von 2°C zu bleiben. Es sind weitere Anstrengungen hinsichtlich der Finanzierungsquellen für den soeben eingerichteten 'Grünen Klimafonds' erforderlich, und in den Beschlüssen von Cancún fehlt es an der Verpflichtung zu einem verbindlichen Vertrag.

4. Trotz dieser Frustration gibt es Anlass zu einer gewissen Genugtuung. Zum ersten Mal seit Bestehen der Umweltabkommen der Vereinten Nationen erkennt die UNFCCC an, wie wichtig es ist, bei der Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft für einen 'gerechten Übergang' und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu sorgen. Dies ist ein bedeutender Schritt in Richtung auf die Anerkennung der Beteiligung der Gewerkschaften am Klimaprozess seitens der UN und bestätigt, dass sich eine konkrete Einflussnahme der Gewerkschaften auf die Klimapolitik auszahlt.

5. Im Großen und Ganzen schafft das Ergebnis von Cancún gewisse Grundlagen für den UNFCCC-Prozess mit der COP 17 in Durban als wichtigem Meilenstein. Die COP 17 muss über das für ein faires, ehrgeiziges und verbindliches Abkommen erforderliche politische Mandat verfügen. Eine überzeugende Mobilisierung der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft während des gesamten Jahres 2011 wird unerlässlich sein, um die Regierungen aus ihren 'Komfortzonen' herauszuholen und die Verpflichtungen zu erhöhen.

6. Die Schwierigkeiten bei den Klimaverhandlungen gehen zum Teil auch auf ein allgemeineres Problem zurück. Innerhalb der zwischenstaatlichen Prozesse ist Dynamik verloren gegangen, und hinzu kommt, dass Ungerechtigkeit, Armut und Umweltzerstörung schlimmer denn je sind. Vor diesem Hintergrund ist die erneute Verpflichtung der Regierungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen in integrierter Weise von höchster Bedeutung.

7. Das Jahr 2011 sollte daher auch ein Jahr der überzeugenden Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung mit Blick auf Rio+20 im Jahr 2012 in Rio de Janeiro (Brasilien) sein. Auf dem Weg dorthin ist Durban der Meilenstein für Maßnahmen zum Klimaschutz.

8. Die Rio+20-Konferenz hat den Auftrag, die seit der Umwelt- und Entwicklungskonferenz von Rio im Jahr 1992 erzielten Fortschritte zu erörtern und über die 'Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung' sowie 'die grüne Wirtschaft vor dem Hintergrund von nachhaltiger Entwicklung und Armutsabbau' zu diskutieren. Wenn sich die Erwartungen der Gewerkschaften bei den Verhandlungen erfüllen sollen, werden die Gewerkschaften gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen hart arbeiten müssen, um dieses Treffen zu einem Forum zu machen, bei dem mutige Beschlüsse gefasst werden, um die Ungerechtigkeit in den Griff zu bekommen, die Entwicklung zu unterstützen sowie grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze zu fördern.

9. Eine Gewerkschaftskampagne für Rio+20 sollte sich daher auf Forderungen stützen, die sich unmittelbar auf die Nachhaltigkeitsaussichten unserer Gesellschaften auswirken könnten. Dies würde drei Hauptvorschläge beinhalten, die bei dem Gipfel angenommen werden könnten und die auf die verschiedenen miteinander verknüpften Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung eingehen: eine soziale Grundsicherung für alle, die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen und die Festlegung einer globalen Zielgröße von mindestens 50% für die Zunahme grüner und menschenwürdiger Arbeitsplätze bis zum Jahr 2015. Der IGB wird somit auf der Grundlage der Beiträge von Mitgliedsorganisationen aus allen Ländern ein globales Ziel für die Schaffung grüner Arbeitsplätze festlegen und mit Experten zusammenarbeiten müssen, um Bereiche festzustellen, in denen ein Potenzial dafür vorhanden ist.

10. Der Vorstand beauftragt daher die Generalsekretärin:

- die Klimaschutzpolitik des IGB zu aktualisieren, einschließlich der Festlegung einer globalen Zielgröße für grüne Arbeitsplätze, und das Engagement für einen gerechten Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft für alle Beschäftigten zu bekräftigen;
- die Möglichkeit zu prüfen, den IGB-Forderungen die Bitte an die UNFCCC anzuschließen, die Rolle der IAO anzuerkennen und sie zu ersuchen, sich der beschäftigungsrelevanten Herausforderungen dieses Transformationsprozesses anzunehmen;
- bei der Vorbereitung auf die COP 17 in Durban mit den südafrikanischen Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten;
- bezüglich des Rio+20-Prozesses folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - Zusammenarbeit mit den brasilianischen IGB-Mitgliedsorganisationen, um sich auf die Konferenz vorzubereiten und für Kohärenz zwischen der Dynamik und den Forderungen auf nationaler und auf internationaler Ebene zu sorgen;
 - Ausbau der Führungsrolle der Gewerkschaftsbewegung in Nachhaltigkeitsfragen, u.a. durch die etwaige Einrichtung einer Hochrangigen Gruppe für Nachhaltigkeit, der an diesem Thema interessierte derzeitige und frühere Spitzenvertreter/innen der Gewerkschaften angehören würden, als Gegenstück zu der entsprechenden Hochrangigen Gruppe der UN;
 - Beteiligung am formellen Verhandlungsprozess im Vorfeld von Rio+20, vor allem um dafür zu sorgen, dass bei den Diskussionen über die grüne Wirtschaft die Notwendigkeit menschenwürdiger Arbeit, die potenzielle Rolle der Gewerkschaften und der Bedarf an einer klareren Position zu den Steuerungsaspekten einer nachhaltigen Entwicklung herausgestellt werden, einschließlich Bemühungen um eine neue Umweltorganisation der Vereinten Nationen;
 - Mobilisierung aller IGB-Mitgliedsorganisationen, um die Verbindungen zwischen Arbeit und Umwelt herauszustellen, u.a. durch die Organisation einer globalen Konferenz zu diesem Thema;
 - Fortsetzung des Dialogs mit anderen Organisationen im Vorfeld von Rio+20 und
 - Unterstützung der in Absatz 9 oben erläuterten konkreten Forderungen, damit die Regierungen bei Rio+20 entsprechende Beschlüsse fassen.